Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags —6 Uhr.
(Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,250.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 97. Freitag den 7. April 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die auf dem Königsplatze hierselbst im Jahre 1879 als **Ausstellungshalle** errichteten Baulichkeiten sollen sammt der Einfriedigung, jedoch mit Ausschluß sämmtlicher Thüren, auf den **Abbruch** versteigert werden.

Die Versteigerung wird in der Weise erfolgen, daß zuerst die Halle sammt allem Zubehör, dann aber getrennt und zwar einmal nur das Eisenwerk der eigentlichen Halle, also die Dächer der beiden Schiffe sammt den gußeisernen Säulen und die Dächer der Annexe einschließlich der Ventilationsfenster, der Rohglasscheiben, eisernen Verbindungstheilen, Wellblechbedachung und der mittleren Dachrinne, jedoch mit Ausschluß jedweden Mauerwerkes, sodann aber die übrigen Theile der gesammten Anlage, so wie dieselbe steht und liegt, verkauft werden.

Die eigentliche Halle besteht aus zwei Schiffen. Jedes Schiff ist im Lichten 74.70 Mtr. lang und zwischen den Säulen 17.70 Mtr. breit. Die Tiefe der Annexe beträgt 5.10 Mtr., die Entfernung der Binder von Mitte zu Mitte 6.50 Mtr.

Wir haben für den Verkauf einen öffentlichen Bietungstermin auf

Sonnabend, den 22. April, Vormittags 11 Uhr

im Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 29, anberaumt.

Die Versteigerungsbedingungen können auf unserem Bauamte, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 1 eingesehen, resp. von da gegen Erlegung der Copialien bezogen werden. Ebendaselbst wird auch weitere Auskunft ertheilt und bemerken wir endlich, daß die Besichtigung der Baulichkeit jederzeit nach Meldung bei dem in der Ausstellungshalle anwesenden Wächter erfolgen kann.

Leipzig, am 29. März 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Bekanntmachung,
die Bezahlung der Immobiliar-Brandcassen-Beiträge betreffend.

Zufolge Verordnung der Königlichen Brand-Versicherungscommissionen vom 9. Februar dieses Jahres hat das Königliche Ministerium des Innern genehmigt, daß für den diesjährigen ersten Hebetermin — **1. April** — ein Drittheil der ordentlichen Brandcassenbeiträge bei der Abtheilung der Gebäudeversicherung erlassen wird. Diese Beiträge werden mithin nur in der Höhe **von Einem Pfennig von jeder Beitragseinheit** erhoben.

Bei der Abtheilung der freiwilligen Versicherung findet eine Herabsetzung der Beiträge für diesen Termin nicht statt.

Es werden demnach alle hiesigen Hausbesitzer resp. deren Stellvertreter hierdurch aufgefordert, ihre Beiträge spätestens **binnen 8 Tagen,** von dem Termine ab gerechnet, an unsere Stadt-Steuereinnahme, Brühl 51, II. Stock, Zimmer Nr. 10, bei Vermeidung der sonst eintretenden Zwangsmaßregeln abzuführen.

Leipzig, den 27. März 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Roch.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen in nächster Zeit und zwar kurz nach der Ostermesse längs der Ostseite des **Marktes,** in der **Grimmaischen Straße** bis zum Neumarkt, sowie in der **Linden-** und **Gustav-Adolf-Straße** Neu- resp. Umbauten von **Schleusen** vorzunehmen, und fordern wir daher unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 10. März 1881 die Besitzer bez. Administratoren der an genannte Straßentracte angrenzenden Grundstücke auf, etwa beabsichtigte, die bezeichneten Straßentracte berührende Arbeiten an den Privat-, Gas- und Wasserleitungen ungesäumt und jedenfalls bis zum 15. Mai cr. zu vollenden, auch wegen gleichzeitiger Unterführung der Fallrohre bez. wegen etwa nothwendig werdender Einlegung oder Umlegung von Beischleußen unverzüglich bei uns Anzeige zu erstatten, damit die Legung der Fallrohr- und Beischleußen gleichzeitig mit dem Bau der Hauptschleuße auf Kosten der Adjacenten erfolgen kann. Die Höhe der wegen Herstellung der Fallrohrschleußen zuvor zu hinterlegenden Bauschkosten wird einem jeden Betheiligten mittelst besonderer Zufertigung bekannt gegeben.

Im Falle der unterlassenen Anzeige haben die Säumigen außer Verwirkung einer Geldstrafe bis zu 60 ℳ zu gewärtigen, daß die vorstehend gedachten Arbeiten an Fallrohr- und anderen Beischleußen von Rathswegen auf ihre Kosten ausgeführt werden.

Leipzig, am 27. März 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der Erdarbeiten zur Zweigbahn zwischen der städtischen Gasanstalt und der Thüringischen Eisenbahn ist vergeben und werden deshalb die unberücksichtigt gebliebenen Herren Bewerber hiermit ihrer Offerte entbunden.

Leipzig, am 30. März 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Städtische Gewerbeschule.

Die **Ausstellung** der **Schülerarbeiten** findet im Schullocal, Grimmaischer Steinweg 18, 2. Etage, **vom 6.—10. dieses Monats, Vorm. von 10—1 Uhr** statt.

Zum Besuch derselben beehrt sich im Namen des Lehrer-Collegiums ergebenst einzuladen

Leipzig, den 5. April 1882. **der Director.**
Nieper.

Israelitische Religionsschule.

Die Aufnahme und Prüfung neuer Schüler und Schülerinnen findet Donnerstag den 6. und Freitag den 7. April Vormittags von 10—11 Uhr in dem Expeditionslocale, Centralstraße 15, statt.

Als schulpflichtiges Alter ist das neunte Lebensjahr festgesetzt.

Der Director.

Bekanntmachung.
Anmeldung zum Anschluß an die allgemeine Fernsprecheinrichtung in Leipzig.

Im Interesse eines planmäßigen Ausbaues der **allgemeinen Fernsprecheinrichtung für Leipzig und die Vororte von Leipzig** ist es nöthig, die Lage der in das Fernsprechnetz hineinzuziehenden Häuser möglichst genau im Voraus kennen zu lernen. Es werden daher diejenigen Personen, welche im laufenden Jahre den Anschluß an die Fernsprecheinrichtungen wünschen, ersucht, ihre bezüglichen Anmeldungen recht bald, spätestens bis zum 1. Juli, einzusenden. Nach dem 1. Juli eingehende Anmeldungen werden nur ausnahmsweise, wenn auf der betreffenden Strecke etwa Leitungsdrähte verfügbar sind, berücksichtigt werden können.

Die Anschlüsse werden, sofern nicht besondere Verhältnisse es anders bedingen, nach der Reihenfolge der Anmeldungen hergestellt werden.

Leipzig, den 4. April 1882.

Der kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Bekanntmachung.

Der Handarbeiter Carl Gottfried Heinrich **Kriegel** — am 14. Juli 1845 in Anger geboren — dessen Wohnung und Arbeitsstellung auch bei dem hiesigen Meldeamte nicht zu ermitteln ist, soll sich dennoch unangemeldet hier aufhalten.

Wir ersuchen daher Diejenigen, denen hierüber etwas bekannt sein oder zur Kenntniß kommen sollte, sofort gefällige Anzeige anher zu erstatten.

Leipzig, den 31. März 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armen-Amt.)
Ludwig-Wolf. Werner.

Bekanntmachung.

Der Fleischer

Carl Leberecht Seidel,

am 1. Mai 1840 zu Annaberg geboren, ist zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten.

Da der Aufenthalt desselben hier nicht zu ermitteln gewesen ist, so ersuchen wir Diejenigen, denen derselbe bekannt sein oder werden sollte, dies uns gefälligst anzuzeigen.

Leipzig, den 1. April 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armen-Amt.)
Ludwig-Wolf. Müller.

Erledigt

hat sich die hinter der ledigen **Auguste Amalie Friederike Martha Scharfenberg** unterm 21. laufenden Monats erlassene Recherche.

Leipzig, am 31. März 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armen-Amt.)
Ludwig-Wolf. Müller.

Bekanntmachung.

Am vorigen Montag, den 3. ds., **nachmittags zwischen 1 und 2 Uhr** ist aus einem verschlossenen Pulte in den Geschäftsräumen der **Volckmar'schen Buchhandlung,** Hospitalstraße 16, **eine kleine eiserne Cassette, enthaltend circa 5000 Mk.,** in angeführte **30 Hundertmarkscheinen, Fünfzigmarkscheinen, Gold und Silber,** gestohlen worden.

Indem wir dies hiermit zur **öffentlichen Kenntniß** bringen, bemerken wir, daß der Bestohlene auf die Ermittelung des Diebes und die Wiedererlangung des gestohlenen Geldes eine Belohnung von

500 Mark

ausgesetzt hat.

Sollte der Anspruch von mehreren Personen erhoben werden, so behält sich das Polizeiamt die angemessene Vertheilung der Belohnung vor.

Leipzig, den 6. April 1882.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Richter. Dr. Tenckle.

Nichtamtlicher Theil.

England und Irland.

Es giebt Leute genug, welche es nicht hoch genug zu rühmen wissen, daß dieses stolze England sich um Alles kümmert und daß es schon manchmal eingeschritten ist im Interesse der Humanität, wo Andere doch die gleiche Pflicht fühlen mußten, sie aber vernachlässigten. England, sagt man, hat in seiner äußeren Politik immer die allgemeine Humanität hochgehalten und gesorgt, daß deren Grundsätze überall so viel wie nur immer möglich zur Geltung kamen. Wir wollen dies Verdienst Englands nicht bestreiten; es giebt Fälle genug, wo man das Eingreifen Englands rühmen kann und rühmen muß. Dabei aber sei nicht vergessen, daß das stolze Albion dabei keineswegs versäumt hat, recht reichlich für sein eigenes Interesse zu sorgen; von Opfern, die England gebracht, läßt sich nicht reden, da Das, was man einerseits vielleicht geopfert hat, andererseits hundertprocentig sich verzinst haben dürfte.

Ohnehin hat England sich oft sehr zur Unzeit auf die „Humanität" berufen, wie gegenüber den Boers in Transvaal, welche nun schon dreimal von dem stolzen England vertragswidrig aus ihren Wohnsitzen vertrieben worden sind. Eine Menge solcher Fälle wäre noch anzuführen; man denke an Indien und an Afghanistan, wo die Engländer keineswegs nach den Vorschriften der Humanität verfahren sind; im Gegentheil bleibt es der Geschichte noch vorbehalten, darüber zu urtheilen, welches Unheil die englische Herrschaft über Indien gebracht hat, und sie wird sich mit bitterer Schärfe gegen das System aussprechen müssen, das aus diesem Indien, einem der reichsten und herrlichsten Länder der Erde, ein Land gemacht hat, wo der Hungertod schon so oft epidemisch geworden ist. Hätte wohl Amerika, resp. die Vereinigten Staaten, den Aufschwung genommen, den wir jetzt anstaunen, wenn sie unter englischer Herrschaft geblieben wären? Schwerlich!

Noch seltsamer aber erscheint die so weitgerühmte englische Humanität und Milde, wenn man sie im Spiegel der irischen Zustände betrachtet. Es ist kein Zweifel, daß dieses einst so blühende Land unter dem gegenwärtigen System zu Grunde gehen muß; es ist auch kein Zweifel, daß nur die englische Herrschaft die „Grüne Insel" an den Rand des wirthschaftlichen Ruins gebracht hat; es ist auch gar kein Zweifel, daß man in England selbst weiß, daß die veralteten Vorrechte einiger Lords es sind, welche Irland nicht wieder aufkommen lassen. Diese Lords sind mit Irland verfahren, wie einst die alten Römer mit ihren Provinzen; Irland ist als Beute behandelt worden. Wie einst Italien nur noch ein ungeheures Terrain für Viehweide war, so jetzt Irland. Aber Italien kam herunter, und Plinius bezeugt dies, daß diese Umwandlung des Ackerlandes in Weideland Italien zu Grunde gerichtet habe. Wie hätte Irland bestehen sollen?

Der Ire kennt genau noch die Grundstücke, die seinen Vorfahren vor zwei oder drei Generationen gehörten, er selbst muß als Tagelöhner oder als kümmerlicher Pächter auf demselben Grund und Boden arbeiten und kann schon der Natur der Sache nach von vornherein ein bitteres Gefühl nicht unterdrücken, denn er weiß, daß der Besitz, der sich unter geordneten Verhältnissen auf ihn vererbt hätte, seinen Vorfahren mit der Gewalt der Waffen abgenommen und an die Lords vertheilt worden ist. Aber wo bleibt da die englische Humanität? Man sieht, daß ein Ende des Kampfes nicht abzusehen ist, die Aussaat des Hasses ist in der That zu groß, wenn man ein ganzes Volk seines Eigenthums einfach beraubt und es nöthigt, auf demselben Ackern Frohndienste zu thun, die vor noch nicht allzu langer Zeit sein Eigenthum gewesen.

Mit Schaudern vernimmt man die scheußlichen agrarischen Morde, mit Schaudern vernimmt man aber auch, daß England keine anderen Auskunftsmittel hat, als den Kampf auf die bisherige Weise fortzusetzen, statt mit durchgreifenden Reformen vorzugehen. Herr Gladstone weiß, was den Irländern fehlt; er hat sich ja bedingungsweise für ein besonderes irisches Parlament ausgesprochen. Die berühmte Repeal-Forderung O'Connel's ist also vom ersten Staatsmann Englands anerkannt worden. Aber wird England in diese Forderung willigen, um dem Kampfe ein Ende zu machen? Schwerlich; man müßte sich denn in der Hartnäckigkeit und Selbstsucht der englischen Aristokratie auf das Unglaublichste getäuscht haben.

Leipzig, 7. April 1882.

Die Angabe, daß der Reichskanzler zu dem **kirchenpolitischen Compromiß** bereits seine Zustimmung erklärt habe, wird von der „Nordd. Allg. Ztg." in fast gereiztem Ton als unrichtig bezeichnet. Damit stimmt auch die Bemerkung der „Provinzialcorrespondenz" überein, es lasse sich noch nicht übersehen, ob die Vorlage Gesetz werden wird. Es scheint sonach, daß die Zustimmung der Regierung zu dem Compromiß durchaus noch nicht so ausgemacht ist, wie man anzunehmen pflegte, und daß die Zurückhaltung der Minister bei der Berathung und Abstimmung über den Gesetzentwurf ihre guten Gründe hatte. Trostischer könnte die Unsicherheit und Zerfahrenheit der parlamentarischen Verhältnisse, der Mangel an Fühlung mit der ausschlaggebenden Instanz nicht zu Tage treten, als wenn dies mühsam zu Stande gekommene Compromiß noch in letzter Stunde sich als eine Fehlgeburt erweisen sollte.

Zur Parteilage wird uns noch aus Berlin geschrieben: „Das Zustandekommen des klerikal-conservativen kirchenpolitischen Compromisses hat das eine Zeit lang sehr gelockerte gute Einvernehmen zwischen den beiden Parteien wieder befestigt. Wenn nicht neue Störungen eintreten, so wird diese Thatsache die Folge haben, daß die beiden Parteien sich bei den nächsten Wahlen in Wahlkreisen, wo eine von ihnen selbst keine Aussicht hat durchzudringen, gegenseitig unterstützen, ein Verhältniß, welches den Conservativen mehr als den Ultramontanen zu Gute kommen dürfte. Das weiß man auf Seiten des Centrums wie der Conservativen sehr wohl und die klerikalen Blätter haben es den letzteren deutlich genug zu verstehen gegeben, daß man auch von der Fortschrittspartei allerlei werthvolle Zugeständnisse, wenn auch in anderer Richtung erlangen könne und sich vorbehalte, mit Hilfe des extremen Liberalismus eine Lösung des kirchenpolitischen Streits zu versuchen, wenn es mit conservativer Hilfe nicht gelingen wolle. Die „Germania" hat wochenlang das fortschrittliche Schlagwort von der Trennung der Kirche vom Staat sich mundgerecht zu machen gesucht und es als einen Ausweg aus den durch den „Culturkampf" entstandenen Schwierigkeiten bezeichnet. Schließlich fiel aber doch die Entscheidung zu Gunsten der Rückkehr der Bischöfe, der Durchlöcherung der Maigesetze und etlicher discretionairen Vollmachten; die innere Seelenverwandtschaft zwischen Centrum und Conservativen gab den Ausschlag, und — wir wiederholen, falls nicht neue Störungen eintreten — werden wir unter dem Zeichen der deutschconservativ-klerikalen Allianz in die bevorstehende Landtags-Wahlbewegung eintreten. In ihren eigenen Kreisen und im protestantischen Volk haben sich die Conservativen durch das kirchenpolitische Compromiß ohne Zweifel sehr geschadet; die Nachgiebigkeit gegen die ultramontanen Forderungen wird man ihnen so leicht nicht verzeihen. Einen Ersatz dafür mögen sie in der Aussicht auf klerikale Unterstützung bei den Wahlen finden. Aber die Stellung der deutschconservativen Partei wird dadurch noch unfreier, noch abhängiger von ihren klerikalen Freunden werden, sie wird noch mehr zu Rücksichten gegen die letztern genöthigt sein, und in der Erkenntniß oder Ahnung dieser bedenklichen Consequenz will die conservative Partei selbst, wie aus allen Kundgebungen ihrer Presse hervorgeht, des Compromisses nicht recht froh werden."

Man hat nach Andeutungen aus sonst unterrichteten Kreisen mit der Möglichkeit zu rechnen, daß dem **Reichstage** in seiner bevorstehenden Session das **Trunksuchtsgesetz** vom vergangenen Frühjahr wieder vorgelegt werde. Ob und inwieweit die Nachricht in den Thatsachen begründet ist, läßt sich im Augenblick nicht übersehen. Aber jene Vorlage fügte sich nach ihrer Tendenz und ihrem ganzen Zuschnitt so genau in das herrschende wirthschafts- und socialpolitische System, daß es eher Wunder nehmen müßte, wenn dieselbe vom Fürsten Bismarck aufgegeben wäre, als wenn sie, wie jetzt angekündigt, erneut eingebracht würde.

Bei der am 1. April stattgehabten **Reichstags-Ersatzwahl** im 13. hannoverschen Wahlbezirke wurde der Regierungspräsident v. Pilgrim in Minden (deutsche Reichspartei) mit 4767 von 5565 Stimmen wiedergewählt. Der Gegencandidat Eugen Richter in Berlin (Fortschritt) erhielt 625 Stimmen.

Die diesjährige Session des **österreichischen Reichsrathes** dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach erst im Sommer ihr Ende erreichen. Wie es heißt, legt auch die Regierung durchaus kein Gewicht darauf, daß nach Ostern nur noch der Zolltarif erledigt werde, sondern wünscht im Gegentheile die Erledigung der anderen wirthschaftlichen, namentlich aber der Eisenbahnvorlagen. Auch das Congruagesetz soll jedenfalls noch auf die Tagesordnung gelangen. Bezüglich der nächsten Herbstsession wird die Regierung für die Erledigung des Strafgesetzes und des Gewerbegesetzes energisch eintreten. Zu diesem Zwecke soll der Leiter des Justizministeriums, Dr. Prazak, die einzelnen Referenten über die verschiedenen Abschnitte ersucht haben, ihre Arbeiten zu beschleunigen. Die Verlängerung des laufenden Sessions-Abschnittes benützt die Nachricht, daß auch der galizische Landtag gleich den anderen Landesvertretungen erst Ende August zusammentreten werde.

In **Wiener** militairischen Kreisen ist die Nachricht verbreitet, daß auf den Vortrag des Generalstabschefs v. Beck von der Errichtung größerer Befestigungen in den dynarischen Alpen abgesehen worden. General v. Beck befürwortet den Bau eines Blockhäusergürtels, in dem jedes einzelne Blockhaus in der Regel ein Bataillon Infanterie mit einigen Geschützen zu fassen hätte. — Es heißt auch, daß die nächste Creditvorlage des Kriegsministeriums sich auf 25 Millionen Gulden belaufen werde.

Der **Antisemiten-Unfug** scheint sich nun von Berlin nach **Wien** verpflanzen zu wollen. Wenigstens fand in **Wien,** im Saale zu den „Drei Engeln", die erste antisemitische Versammlung statt, die von etwa 400 Personen besucht war. Als Vorsitzender präsentirte sich ein Herr **Heinbek,** der schon seit langer Zeit antisemitische Agitation betreibt und nun mit seinem „Programm" vor die Oeffentlichkeit getreten ist. Auch der radicale und fanatisch antisemitisch gesinnte Reichsrathsabgeordnete v. Schönerer verherrlichte durch seine Gegenwart die Versammlung und ließ wieder eine seiner stets fulminanten Reden los, welche wüthend beklatscht wurde. Nachdem der Vorsitzende Heinbek gesprochen, ergriff v. Schönerer nochmals das Wort. Er ward indeß diesmal von den anwesenden Polizeibeamten mehrmals unterbrochen, und als v. Schönerer sich nicht „polizeilich corrigiren" lassen wollte, löste der Beamte die Versammlung auf. Nun entstand ein großer Tumult. Ein Unbekannter ruft von der Tribüne: „Recht so, die Juden sind auch Menschen!" Er wird sofort ergriffen und aus dem Saale auf die Straße gedrängt. Der Lärm dauert noch eine geraume Weile, bis es gelingt, die Anwesenden zum Auseinandergehen zu bewegen.

Die **juridische Commission** im **österreichischen Herrenhause** hat den Gesetzentwurf hinsichtlich der Regelung des Verfahrens bei Vergehen gegen das Thierfenchengesetz in Berathung genommen und beschlossen, die Annahme desselben dem Herrenhause zu empfehlen. Zum Zwecke der Genehmigungen des betreffenden Berichtes wird die Commission in den nächsten Tagen nochmals zusammentreten, weil auch sonst die Wichtigkeit jenes Gesetzentwurfes kaum einen Aufschub erleidet.

Ungarische Regierungsgelder, sowie kolossale Quantitäten Gratiswein und -bier scheinen ihre Wirkung bezüglich der „deutschungarischen" Proteste gegen den Deutschen Schulverein nicht verfehlt zu haben. So wird aus **Leutschau** gemeldet: „Die Resolution, welche in der hier abgehaltenen Volksversammlung angenommen wurde, besagt nach den üblichen Ausfällen gegen die Siebenbürger Sachsen und den Berliner Schulverein, daß die Deutschen in der Zips mit ihrem Schicksal ganz zufrieden im Laufe der Zeit mit der ungarischen Nation innig verschmolzen sind und trotz ihrer Sympathien für die deutschen Stammesgenossen sich nur als Ungarn betrachtet wissen wollen. Eine „Massendemonstration" soll aber erst während der Osterfeiertage veranstaltet werden. Namentlich soll am Ostermontag in Csatar, Lenau's Geburtsort, eine großartige Volksversammlung stattfinden, an der sich 23 Ortschaften betheiligen werden und zu der ein aus 200 Mitgliedern bestehendes „Haupt-Actionscomité" die Vorbereitungen trifft. Auf dem Programm sind auch feierliche Einzüge mit wehenden Fahnen, Musikbegleitung, Böllerschüssen und allerlei anderm „Radau" verzeichnet. „Gleichzeitig soll auch eine Kundgebung von Seiten der reichen schwäbischen Bauern der Bacska, und zwar in Hertzegh und Neu-Verbatz erfolgen. Am Ostermontag werden ferner auch die Budapester Veteranen-Vereine in einer allgemeinen Versammlung demonstriren; so haben es wenigstens die Präsidenten dieser Vereine in einer „Conferenz" beschlossen. Am 16. d. soll sodann das Arader Comitat in Neu-Arad seinen großen Tag feiern. Auch wird in **Preßburg** etwas geplant; die „Preßburger Zeitung" will nämlich aus „bester Quelle" erfahren haben, daß einige Repräsentanten in der städtischen Generalversammlung einen Beschlußantrag einbringen wollen, der sich gegen den Berliner Verein kehrt. Uebrigens scheint bereits eine **Gegenbewegung** im Zuge, auf welche auch der „Pester Lloyd" hinweist. Die entschieden deutsche Kundgebung soll zumal im Torontaler Comitat stattfinden, wo die ungarische Sache unter den Deutschen ohnedies sehr wenige Anhänger zählt.

Der **Petersburger** Polizei ist die Weisung zugegangen, alle Personen zu überwachen, welche auffällig viel Geld ausgeben. Die Namenslisten solcher Personen sind sofort dem Polizeichef vorzulegen. — Weiter wird aus Petersburg geschrieben, daß die Mittheilungen der auswärtigen Presse über die Entfernung **jüdischer Apotheken** auf einer „Unkenntniß der Verhältnisse" beruhen. In Petersburg lebende **deutsche** Apotheker hätten auf Grund eines Privilegiums, das noch Peter der Große deutschen Apothekern verliehen, gegen die Zulassung von 14 jüdischen Apothekern und den Betrieb der Apotheker durch Juden überhaupt protestirt. Dagegen haben die Juden vor dem Senate Beschwerde erhoben und unter Anderm angeführt, daß jenes Privilegium schon unter Katharina II. aufgehoben worden sei. Eine endgültige Entscheidung ist in der Angelegenheit noch nicht getroffen worden. — Aus **Kiew** sind in Petersburg eine ganze Reihe Alarmtelegramme eingetroffen. Sämmtliche Studenten der Kiewer Universität befänden sich in offenem Aufruhr und hätten bewaffnet die Freilassung von vier verhafteten Studenten verlangt. Ueberhaupt wird die Gährung in Kiew und der Ukraine wieder als sehr bedenklich geschildert. — Das **Moskauer** Slaven-Comité sammelt fortwährend Geldbeträge, Waffen, Munitionen und Verbandzeug für die südslavischen Insurgenten. Die Sendungen gehen über Odessa, von wo sie auf geheimen Wegen nach dem Insurrectionsschauplatze befördert werden.

Nach den „Moskowskija Wjedomosti" sei in den **Petersburger** Hofkreisen der Plan, die Residenz von Petersburg nach dem „heiligen" und „russisch-nationalen" **Moskau** zu verlegen, noch keineswegs aufgegeben worden. Das genannte Blatt giebt indeß zu verstehen, daß die Residenzverlegung erst

SLUB
Wir führen Wissen.